

Universitäre Paradoxien

Muss die Reform reformiert werden?

■ Mit HEINRICH SCHMIDINGER sprach PETER PAWLOWSKY



Heinrich Schmidinger studierte in Rom und Innsbruck Philosophie, war Lektor und stellvertretender Leiter des Tyrolia-Verlages. 1993 Ordinarius für Christliche Philosophie an der Theologischen Fakultät in Salzburg. Seit 2001 Rektor der Universität Salzburg.

Die Universitäten sind in den Wahlkampf geraten. Was die SPÖ trotz Wahlversprechen nicht durchsetzen konnte, gelang ihr vier Tage vor der Wahl gegen die ÖVP: Die Studiengebühren wurden abgeschafft, gleichzeitig die Zugangsbeschränkungen. Die Rektoren warnten vergeblich vor diesem Schritt. Heinrich Schmidinger hatte sich gemeinsam mit seinem Innsbrucker Kollegen noch an die Salzburger und Tiroler Mandatare gewandt, um den Beschluss zu verhindern. Denn gerade die Universitäten in Westösterreich fürchten, nun vollends von deutschen Studenten überrannt zu werden: Kein *numerus clausus*, kein guter Notendurchschnitt im Maturazeugnis und keine Studiengebühren – das ist hoch attraktiv für alle, die in Deutschland nicht studieren dürfen. So sind auch diesmal die Probleme der Universitäten zum großen Teil hausgemacht.

Die Universität war immer eine Art Republik, eine alte Organisation der Selbst- und Mitbestimmung. Wenn man das UOG 2002 kritisch ansieht, so hat es zu einer Entmachtung der Fakultäten, zu einer weitgehenden Einschränkung der Möglichkeiten des Senats geführt und – wenn ich das vor einem amtierendem Rektor sagen darf – zu einer Diktatur des Rektorats. Ist das nicht der Verlust einer alten kulturellen Einrichtung?

Schmidinger: Man muss das sehr differenziert sehen. Das UOG 2002 räumt schon auch Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung ein. Das hängt ganz wesentlich davon ab, wie dieses Gesetz intern gehandhabt wird. Wir haben bei uns an der Universität Salzburg darauf geschaut, dass Mitbestimmung, wo überall sie möglich ist, auch bleibt. Aber die österreichische Universitätslandschaft zeigt, dass das sehr unterschiedlich praktiziert wird. In den früheren Universitäten, in den Gremien-Universitäten, hat es unbestritten mehr Mitbestimmung gegeben, wohl aber einem sehr starken Ministerium gegenüber, das etwa letztlich sogar die Personalentscheidungen getroffen hat. Diese Gremien-Universität hat darüber hinaus sehr viel Leerlauf erzeugt, so dass die Universitäten in ihrer Entwicklung gehemmt

waren, nicht zuletzt weil sich die Gremien dauernd im Weg gestanden sind und weil Verantwortung delegiert wurde: Für das, was man empfohlen oder abgestimmt hat, musste man nicht gerade stehen. Jetzt hat das Pendel in die andere Richtung ausgeschlagen. Es sind jetzt sicher autoritärere Strukturen da, das ist unbestritten.

Der Universitätsrat ist ein Gremium, das nur sehr zum Teil von der Universität bestimmt wird, so dass da Politik und Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen. Der Entwurf zur Novellierung des Gesetzes, den Minister Hahn vorgelegt hat, wollte den Universitätsrat noch stärken.

Schmidinger: Ja. Das ist auch der Grund, warum der Entwurf in diesem Punkt von der ganzen Universitätenkonferenz – jetzt heißt sie nicht mehr Rektorenkonferenz – kritisiert wurde. Was uns aber wirklich auf die Barrikaden gebracht hat, ist die bisherigen Erfahrung, dass nämlich vor allem seitens der Regierung die Universitätsräte nicht nach wissenschaftlichen oder sonstigen Gesichtspunkten ausgesucht wurden, sondern völlig unverhohlen nach parteipolitischen Kriterien. Wovor wir immer gewarnt haben, dass durch die Uniräte die

konkrete Tagespolitik in die Universitäten hineinkommt, das ist seitens der Regierung realisiert worden. Wo ist da noch die Autonomie der Universität, wo bestimmt sich die Universität wirklich selbst?

Sind die Universitäten wenigstens in der Verfügung über ihr Budget autonom?

Schmidinger: Nicht wirklich. Mit der jährlichen Nachverhandlung der Leistungsvereinbarung mit dem Ministerium, das kann man drehen und wenden wie man will, setzt sich wieder die ministeriale Bürokratie und letztlich der Minister gegen die Entwicklung durch, die durch das UOG eingeleitet worden war. Wer das Geld hat schafft an. Wenn man sich 5 Prozent des Budgets, wie es vorgeschlagen ist, einbehält – das sind hier in Salzburg 6 bis 7 Millionen Euro, und ich sozusagen von Jahr zu Jahr nur hoffen kann oder vielmehr bangen muss, dass ich das auch noch kriege, dann ist das ein immenses wirtschaftliches Problem. Dann sind wir wieder bei den alten Zuständen.

Eine weitere Frage betrifft den Bologna-Prozess. Bedeutet die strenge Bindung, wonach ein Modul für die Studierenden nur eine bestimmte Zahl der ECTS-Punkte haben darf, nicht eine Niveausenkung? Und ist die Absicht der Vergleichbarkeit der Studien in ganz Europa überhaupt auf diese Weise erreichbar?*

Schmidinger: Es gibt Leute, die sich da viel besser auskennen als ich. Wenn man wirklich einen europäischen Hochschulraum haben will, muss man auf irgendein System der Vergleichbarkeit kommen. Ob da das glücklichste Mittel gefunden wurde, kann ich schwer sagen. Das ist jedoch die gute Absicht, denn wir brauchen den europäischen Hochschulraum, sonst können wir weltweit nicht bestehen. Wie immer hat alles seinen Preis: Es besteht auf jeden Fall die Gefahr, dass eine Reduktion nach unten stattfindet. Ob man sich dabei wirklich einen Dienst tut, ob man sich nicht etwas aufbläht, was man auf der anderen Seite wieder überhaupt nicht haben will? Gleichzeitig wird dauernd verlangt, wir müssten in der Qualität, im Niveau steigen, und das ist

sicherlich eine paradoxe Entwicklung, das kann ich nicht bestreiten.

Wenn man die heutigen Studienpläne mit früheren vergleicht, so hat sich eine starke Verschulung durchgesetzt, als wäre die Universität ein fortgesetztes Gymnasium. Wie unterscheidet sich das die Universität noch von den Fachhochschulen?

Schmidinger: Die Verschulung ist ein Problem, vor dem wir ganz grundsätzlich stehen, nicht zuletzt unter dem Druck der Öffentlichkeit. Die Universitäten werden genauso wie die Fachhochschulen immer mehr unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Ausbildung gesehen. Das ist sozusagen der Leitbegriff. Wir Universitäten tun uns wirklich nicht leicht, dem entgegen zu halten: Die Universitäten sind beides, sowohl eine Ausbildungseinrichtung, universitäre Lehre, als auch eine Forschungseinrichtung, und dass es das eine ohne das andere nicht gibt.

Glauben Sie, dass Wettbewerb und Rankings wirklich ein gutes Mittel sind, um zu erheben, was Exzellenz bedeutet? Die gleiche Skepsis gilt für die um sich greifenden Evaluationen. Wie weit bringt das wirklich voran, wie weit stärkt es nur die Bürokratie?

Schmidinger: Damit man nicht sagt, ich sitze im Glashaus und werfe mit Steinen: Ich bin der Vorsitzende der Österreichischen Qualitätssicherungsagentur und habe daher einen gewissen Überblick. Aber ich pflichte Ihnen bei: Wir evaluieren uns gelegentlich schon zu Tode. Evaluationen sind ja immens aufwendige Prozesse, sie blockieren vor allem die zu evaluierenden Einrichtungen oft über Monate. Und dann kommt hinzu: Was herauskommt kann zwar im guten Fall etwas sehr Konstruktives sein, nur ist dann die Frage, was wir daraus machen können. Meistens stehen in den Evaluierungsberichten riesige Forderungen, die wir nicht im Stande sind zu finanzieren. Von diesen Prozessen bleibt vergleichsweise wenig übrig.

Welchen Aussagewert haben Ihrer Meinung nach die internationalen Rankings der Universitäten, zumal die angelegten Kriterien nicht transparent sind?

■ Die Universitäten werden genauso wie die Fachhochschulen immer mehr unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Ausbildung gesehen.

* ECTS (European Credit Transfer System) soll die Studienleistung nach Punkten bewerten und die in einzelnen Modulen zusammengefassten Studienabschnitte international vergleichbar machen, damit Austausch und Studienplatzwechsel zwischen den Universitäten innerhalb Europas leichter möglich ist und gefördert wird.

■ Denken lernt man bei wissenschaftlichen Persönlichkeiten, mit denen man in irgendeinen engeren Kontakt kommt.

Schmidinger: Was die Rankings anbelangt, so habe ich in den letzten Jahren einige aus der Nähe kennen gelernt, und es gibt nur ganz wenige, die die Realität widerspiegeln. In das Hochschulranking, das immer in der „ZEIT“, bei uns im „Standard“ publiziert wurde, haben wir wirklich Jahre investiert, um mithalten zu können und uns abgebildet zu sehen. Obwohl das sicher ein gutes Ranking ist, haben wir gemerkt: Es steht am Schluss irgendein Unfug drinnen. Wir machen deshalb nicht mehr mit. Es macht keinen Sinn, mehr Schaden als Nutzen anzurichten. Der Wettbewerb ist schon ein geeignetes Mittel, um das Niveau und die Qualität sichern zu helfen, es bleibt jedoch die Frage, wie man zu geeigneten Messinstrumenten kommt.

Werden hier nicht sehr stark Kriterien aus den Naturwissenschaften angelegt? Da werden zum Beispiel Bücher nicht bewertet, sondern nur, was in anerkannten Zeitschriften publiziert wird. Kommen da nicht die Kultur- und Geisteswissenschaften unter die Räder?

Schmidinger: Eindeutig, ja! Diese Diskussion wird ja sehr heftig geführt, auch in der Akademie der Wissenschaften und im Forschungsförderungsfonds (FWF): Wie können irgendwelche Bemessungskriterien für Kulturwissenschaften und Sozialwissenschaften gefunden werden, von der Rechtswissenschaft und der Theologie ganz zu schweigen? Ich halte es, offen gesagt, für fast aussichtslos. Wir haben auch universitätsintern versucht, so einen Messkanon zu finden und es sogar den Fakultäten selbst überlassen, einen solchen zu finden – im Bewusstsein, dass die Wissensgebiete sehr verschieden sind und verschiedene Kulturen repräsentieren. Das kann man nicht über einen Kamm scheren. Aber selbst die Fakultäten haben es irgendwann aufgegeben. Das geht nicht, da entsteht Unfug, haben sie gesagt, dann lassen wir es lieber.

Ein Kriterium scheint das Auftreiben der Drittmittel zu sein. Da gib es erstens große Unterschiede: Wie kommen Kulturwissenschaften oder Theologie zu Drittmitteln? Und dort, wo Drittmittel aufgetrieben werden, entsteht eine Abhängigkeit von der Wirtschaft.

Schmidinger: Die Naturwissenschaftliche Fakultät macht ein Viertel unserer Salzburger Universität aus, aber 75 Prozent aller Drittmittel kommen von dort. Ich finde daher, dass geisteswissenschaftliche Fächer oder Theologie nicht allein am Drittmittelauflaufkommen gemessen werden dürfen. Die Gefahr, dass über die Drittmittel ganz andere Einflüsse auf die Universität zukommen, ist natürlich gegeben.

Ist es nicht auch eine unzumutbare Belastung, wenn jetzt neben Forschung und Lehre auch Drittmittel akquiriert werden müssen? Ein Chemiker, ein Germanist, eine Soziologin – das müssen ja keine Leute sein, die sich mit Sponsering auskennen. In den USA gibt es dafür eigene Fachleute.

Schmidinger: Wir überlegen, Stellen dafür einzurichten, haben das zum Teil auch schon getan. Wir müssen schon jetzt Mittel zur Verfügung stellen, damit überhaupt ein Antrag auf ein Projekt entsteht. Die Bedingungen werden immer höher geschraubt. Ich finde es zum Beispiel nicht sinnvoll, dass Anträge beim FWF nur noch englisch abgegeben werden dürfen, auch wenn es etwa ein romanistisches oder slawistisches Projekt betrifft. Die Anträge werden immer voluminöser, insbesondere bei der EU, und müssen laufend dokumentiert werden. Da frag ich mich wirklich, ob mit diesem bürokratischen Aufwand die Forschung noch gefördert wird.

So viel Bürokratie muss ja irgendwann einmal implodieren. Aber wo lernt man heute an den Universitäten denken? Wo gibt es den Freiraum, der dazu nötig ist?

Schmidinger: Denken lernt man bei wissenschaftlichen Persönlichkeiten, mit denen man in irgendeinen engeren Kontakt kommt. Das gilt für alle Fächer. Das Denken findet statt, wenn junge Leute mit dem Professor, der Professorin, konkret am Projekt arbeiten und sich austauschen. Im Grunde sind wir wieder beim alten platonischen Symposium: Durch den Dialog kommt etwas in Bewegung, rein von den Strukturen ausgehend kann ich mir das nicht vorstellen.